gemeinsame Front von der SPD. bis zu den Nationalsozialisten, im Kampfe stand. Die Kommunistische Partei weckte im Volksbegehren keine parlamentarischen Illusionen. Das Volksbegehren wurde von vornherein als ein Teil unserer großen Massenaktion für „Arbeit, Brot, Boden und Freiheit" geführt. Es stand nicht nur im Zeichen des Kampfes gegen Nazi-Franzen, sondern auch im Zeichen des Kampfes gegen die Brüningregierung, gegen die Notverordnungen, gegen das ganze Youngsystem, für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland.

Das kommunistische Volksbegehren verwandelte sich tatsächlich in ein Volksbegehren gegen die Sozialdemokratische Partei. Denn so wie die Sozialdemokratische Partei im Reiche die stärkste Stütze der Brüningregierung ist, so ist sie in Braunschweig die stärkste Stütze der Brüningpolitik und der Nazi-Franzenregierung. Alle ihre Rufe, daß ihre Anhänger, die gegen ihren Willen zur Abstimmung gingen, einen falschen Weg betreten haben, werden nutzlos verhallen. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die uns im Volksbegehren aktiv halfen, taten es im vollen Bewußtsein. Ihre Abstimmung war gleichzeitig ein Volksbegehren gegen den Sozialfaschismus, gegen die Politik ihrer Parteiführung, gegen die Beschlüsse des Leipziger Parteitages.

Während die SPD.-Führung in Braunschweig an der Seite der Nazitegierung aufforderte, das kommunistische Volksbegehren nicht zu unterstützen und zu Hause zu bleiben, stellten sich die SPD.-Arbeiter auf unsere Seite, auf die Seite des revolutionären Klassenkampfes. Auf ihrem Bezirksparteitag stimmten 48 Prozent der Delegierten gegen die Resolution des Parteivorstandes, die die Beteiligung am Volksbegehren ablehnte. Eine große Anzahl Betriebe und eine Reihe freigewerkschaftlicher Organisationseinheiten beschlossen einmütig die Beteiligung am Volksbegehren. Eine große Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter trat während der Kampagne in unsere Partei ein, darunter Genossen, die bis zu 25 Jahren in der SPD. organisiert waren.

Abermals standen sozialdemokratische Arbeiter an der Seite ihrer kommunistischen und parteilosen Klassengenossen im Kampfe für die Verteidigung der Arbeiterviertel Braunschweigs gegen die anstürmende braune Mordpest. Sie kämpften aktiv gegen den Faschismus, während ihre Parteiführung die Nazi-Franzenregierung und ihre SA.-Horden bei Hindenburg mit Papierzetteln und tränenden Augen verklagten. Noch in der letzten Woche vor der Abstimmung erließen 16 sozialdemokratische Arbeiterinnen und Arbeiter des Landes Braunschweig einen Aufruf an die Mitglieder der SPD., sich am Volksbegehren zu beteiligen.

Der Erfolg in Braunschweig ist nicht nur eine politische Niederlage der Nazis, die den Marxismus für Bankrott erklären (sie haben im Lande Braunschweig eine verhältnismäßig schwache Organisation) sondern eine noch größere moralische Niederlage für die Sozialdemokratische Partei, für diejenigen, die den Marxismus in den Augen der Massen ununterbrochen diskreditieren. Der Marxismus triumphiert und wird den endgültigen Sieg über alle Volksfeinde davontragen.

Trotz des großen Erfolges ist das Ergebnis des Volksbegehrens für unsere Parteiorganisation keineswegs befriedigend. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß bei größerer Anspannung unserer Parteiorganisation, bei richtiger Anwendung unserer Einheitsfrontpolitik, durch alle Organisationseinheiten, bei einem entschiedeneren ideologischen und wehrhaften Kampf gegen den Faschismus der Erfolg noch größer gewesen wäre. Ueberall dort, wo eine richtige Betriebsarbeit begonnen hat, wo wir mit einer richtigen Arbeit in den Massenorganisationen eingesetzt haben, wo der Kampf gegen den Faschismus und Sozialfaschismus richtig geführt wurde, wo die Partei begonnen hat, den Arbeitsbeschaffungsplan und das Bauernhilfsprogramm der Kommunistischen Partei zu popularisieren, haben wir große Erfolge zu verzeichnen. Ueberall dort, wo diese Arbeiten vernachlässigt wurden, haben wir Stillstand und sogar Rückgang zu verzeichnen.

Das glänzende Ergebnis in der Stadt Braunschweig ist der Ausdruck für eine begonnene richtige Massenarbeit unserer Partei. Das Ergebnis in Wolfenbüttel ist ein Ausdruck für das Versagen unserer Parteiorganisation im allgemeinen und eine Quittung für das feige Zurückweichen vor den „Uebergriffen" des Staatsapparates. Was für Wolfenbüttel zutrifft, trifft auch für die übrigen Ortsgruppen zu, in denen wir ein Versagen zu verzeichnen haben. Unsere Organisation im Lande Braunschweig

quenzen ziehen.

Ohne planmäßige Betriebs- und RGO.-Arbeit, ohne systematische RGO.-Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front, ohne richtige Anwendung der Einheitsfrontpolitik in unserer Tagesarbeit, bei Vernachlässigung des Kampfes gegen den Opportunismus in der Praxis, bei nicht richtigem ideologischen und wehrhaften Kampf gegen den Faschismus, beim Versagen der Popularisierung der von der Partei herausgegebenen Kampfprogramme und Beschlüsse, kann keine unserer Aktionen erfolgreich sein. Nur die zähe und unermüdliche Durchführung dieser Aufgaben in unserer täglichen Arbeit an allen Fronten ist die Garantie für den weiteren Vormarsch unserer Partei, für die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, für den Sieg unserer Massenaktion für „Arbeit, Brot und Freiheit." Deshalb hat insbesondere unsere Braunschweiger Organisation die große Aufgabe, kühl und nüchtern alle Einzelheiten der Volksbegehrkampagne zu überprüfen und in bolschewistischer Selbstkritik die Lehren für die erfolgreiche Durchführung der noch größeren vor uns stehenden Aufgaben zu ziehen.

Mit mehr Energie und größerer Entschlossenheit wird unsere Partei nunmehr an der Herstellung der geschlossenen Kampffront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten arbeiten. Nicht durch Wahlkampf, Volksentscheid oder parlamentarische Abstimmung wird die faschistische Nazitegierung gestürzt werden. Die herrschende Klasse, das Trust- und Monopolkapital entscheidet, solange dieses System besteht, wer seine Belange verwalten soll; aber im außerparlamentarischen Massenkampf, im politischen Massenstreik unter Beteiligung des ganzen werktätigen Volkes, im revolutionären Massenkampf war die Arbeiterklasse schon mehr als einmal in der Lage, Regierungen erfolgreich zu bekämpfen (siehe Cunostreik 1923).

Im Kampf für die Vernichtung der Herrschaft des Finanzkapitals, für die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, wird unsere Partei die Betriebe erobern und tiefer in die werktätigen Massen in Stadt und Land eindringen, tausende neue Mitglieder und Zeitungsleser der Partei zuführen, neue Ortsgruppen und Vertrauensleute schaffen.

Der Sieg von Braunschweig ist ein Erfolg der richtigen Politik unseres Zentralkomitees. Unter der Führung des Zentralkomitees unserer Partei, unter der Führung des Genossen Thälmann, wird unsere Partei in Niedersachsen alle ihr noch anhaftenden Mängel und Schwächen überwinden, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Bolschewismus gewinnen und dazu beitragen, daß der Sieg des Proletariats in Deutschland garantiert wird.

Ernste Lage der Reichsbank

Der Reichsbankausweis vom 30. Juni 1931 zeigt eine außerordentliche Anspannung. Es stellte sich heraus, daß der ausländische 100-Millionen-Dollar-Kredit zu drei Vierteln bereits aufgebraucht ist. In den nächsten Tagen stehen neue Devisenabschlüsse bevor, da noch im Juli Auslandsdarlehen gekündigt worden sind. Mitte Juli muß der Kredit von 100 Millionen Dollar zurückgezahlt werden, was eine weitere Anspannung der Lage herbeiführen dürfte. In den letzten Tagen sind weitere Abschlüsse, die gestern etwa 75 Millionen Mark, erfolgt.

Zuchthaus und Ehrverlust gegen Arbeiter

Die Klassenjustiz wütet / Beginn des Prozesses in Kleindehsa

Berlin, 2. Juli.

In einem Prozeß gegen 6 Kommunisten wegen eines Zusammenstoßes in Berlin am 13. April mit prom[illegible]renden Nazis wurden die Arbeiter Achtenberg zu je vier Jahren Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Steinhauer [illegible] 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Wetzel zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil hat stärkste Erbitterung hervorgerufen. Neben den ungeheuerlichen Zuchthausstrafen ist der „Ehrverlust" das neueste Produkt der Klassenjustiz des faschistischen Deutschland, in dem Brüning mit Unterstützung der SPD die faschistische Diktatur durchführt und die Nazis gute Zeiten haben.

Bautzen, 2. Juli.

Heute begann hier der Prozeß gegen 16 Arbeiter „wegen Landfriedensbruch". Zugrunde liegen die Vorgänge in Klein-Dehsa. Anfang Mai fand auf dem Gute des früheren Jungdeutschen und jetzigen Nazihäuptlings Tschammer v. Osten eine Bürgerkriegsbesprechung der Nazis statt mit Filmvorträgen, großen Fressereien und nächtlichen Uebungsmärschen. Bei einem solchen Nachtmarsche, bei dem die Nazibanditen Mordüberfälle auf Arbeiter einübten, kam es zu Zusammenstößen mit parteilosen Arbeitern, wobei die Nazis eine tüchtige Abreibung bezogen.

Blindlings verhaftete darauf die Staatsanwaltschaft Bautzen — nicht die Nazi-Bürgerkriegshelden, sondern eine Anzahl Arbeiter. Es steht fest, daß eine ganze Anzahl Angeklagte überhaupt nicht an dem Zusammenstoß in Klein-Dehsa beteiligt sind. Durch die heutige Beweisaufnahme wurde ferner festgestellt, daß weder KPD noch Kampfbund den Auftrag zum Marsch nach Klein-Dehsa gaben, sondern daß Arbeiter, durch die Naziübungen alarmiert, sich gegenseitig verständigten, sich die Manöver der Nazis anzusehen.

Die Nazis als Zeugen, versuchen natürlich die Arbeiter zu belasten. Trotzdem der Sturmbannführer Bramigk Aussagen machen muß, aus denen hervorgeht, daß die Nazis zuerst angriffen. Der Lehrer Unterstab gibt zu, den Befehl gegeben zu haben, Achtung, Schulterriemen los. Am anderen Morgen will Unterstab leere Patronenhülsen gefunden haben, wohl seine eigenen. Ein gewisser Petzschner, ein schon durch alle Parteien gelaufener Nazi, behauptet, auf ihn seien 3 bis 4 Schuß abgegeben — getroffen ist er aber von keinem einzigen. Auch der Regierungsführer Hanowaldt, Zittau, tische auf, daß die Kugeln um seinen Schädel pfiffen; aber auch ihm ist dabei sonderbarerweise kein Haar gekrümmt worden. Keiner der Nazis hat eine Schußverletzung! Morgen Fortsetzung der Zeugenaussagen.

Nach 39 Jahren SPD zur KPD!

In Hornhausen (Bezirk Magdeburg-Anhalt) trat der bisherige sozialdemokratische Landarbeiter August Hahn zur KPD über und richtete folgenden Appell an die SPD-Arbeiter:

„Seit 1892 gehöre ich der SPD als Mitglied an und habe meine ganze Kraft für die Partei und Gewerkschaftsbewegung eingesetzt. Noch heute bin ich als Funktionär des DBV tätig. Schon lange Zeit war ich nicht mehr restlos mit der Politik meiner Parteiführung einverstanden; aber immer hielt ich der Partei die Treue, der ich ein Menschenalter angehört habe.

Nach dem Leipziger Parteitag aber, nach dem offenen Bekenntnis der SPD-Führer zum Kapitalismus, kann ich es mit meiner Tradition als ehrlicher Klassenkämpfer nicht mehr vereinbaren, Mitglied der SPD zu bleiben.

Ich erkläre daher nach reiflicher Ueberlegung meinen Eintritt in die KPD, die allein den Klassenkampf führt, erhebe als Kommunist das Sturmbanner der . . . (folgt ein Ausdruck der wegen der Notverordnung nicht veröffentlicht werden kann d. Red.) das von den SPD-Führern seit Jahren in Schmutz und Kot gezerrt wird und fordere alle sozialdemokratischen Arbeiter auf, meinem Schritt zu folgen.

gez. August Hahn, Hornhausen."

In Ki.-Dürchheim ist der Gemeindevertreter Albert Seidler, der bisher Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, zur Kommunistischen Partei übergetreten. Nach diesem Durchbruch ist zu erwarten, daß weitere sozialdemokratische Arbeiter diesem Schritt folgen werden.

Der Bezirksvorstand der SPD Zwickau-Plauen nahm eine Resolution an, in der es heißt:

„Der Bezirksvorstand der SPD für den Bezirk Zwickau-Plauen lehnt die Verantwortung für diese unerträgliche Notverordnung ab und mißbilligt den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 16. Juni, auf die Einberufung des Reichstags und des Hauptausschusses zu verzichten."

Eine Tagung des erweiterten Bezirksvorstandes der SPD Pommern verlangte in seiner Resolution folgendes:

„Das Ziel sozialdemokratischer Innenpolitik muß auf die gänzliche Aufhebung der Notverordnungen und ihrer Ersetzung durch verfassungsgemäß beschlossene Gesetze gerichtet sein."

Wie der neue Aufruf des SPD-Parteivorstandes zeigt, stehen diese Resolutionen mit der Aufforderung, in der SPD zu bleiben und die Politik der Wels, Severing und Grzesinski zu unterstützen. Diese Resolutionen haben nur den einzigen Zweck, den Linksabmarsch der SPD-Arbeiter aufzuhalten. Irgendwelche Kampfmaßnahmen gegen die Brüning-Regierung wollen die „linken" Führer gar nicht. Sie haben aber mit ihrem Oppositionsgerede die Arbeiter lange genug hingehalten. Jetzt die klassenbewußten SPD-Arbeiter gibt es keinen anderen Weg als mit ihren kommunistischen Klassengenossen gegen den Faschismus zu kämpfen.

Gegen antibolschewistische Lügenhetze

Vom Sekretariat des Zentralkomitees der KPD wird uns geschrieben:

In einzelnen Pressesäuberungen taucht erneut die Behauptung auf, wonach in Rundschreiben der Kommunistischen Partei Anweisungen für gewaltsame Handlungen gegen Polizeibeamte enthalten seien. Nach Behauptungen des Zentralorgans der SPD, des Vorwärts vom 2.7.31, sollen preußische Behörden der Redaktion dieses Blattes die Mitteilung gemacht haben, es seien ihnen „Rundschreiben kommunistischer Parteiorganisationen in die Hände gefallen, die für die Aktion der Kommunisten auf dem Gebiete der Vorbereitung von Gewalttätigkeiten außerordentlich aufschlußreich" seien. Es handele sich in diesen Rundschreiben um „genaue Vorschriften über die Taktik bei der Durchführung von Demonstrationen". Das Sekretariat des Zentralkomitees stellt dazu fest, daß eine solche Mitteilung preußischer Behörden, falls sie erfolgt ist, auf Unwahrheit beruht. Keiner Behörde sind Rundschreiben kommunistischer Organisationen mit dem dargestellten Inhalt in die Hände gefallen, da solche Rundschreiben nicht existieren.

Das Sekretariat des ZK der KPD erinnert in diesem Zusammenhang an die mehrfache Ueberführung bezahlter Lockspitzel und Dokumentenfälscher durch den Nachrichtendienst der KPD. Ein solcher Fall lag vor bei dem sogenannten Obuch-Dokument, das im Jahre 1930 in die Oeffentlichkeit gelangte und in den verschiedenen Prozessen des Preßchefs im preußischen Innenministerium Dr. Haubach gerichtsnotorisch als Fälschung entlarvt wurde. In Essen (Ruhrgebiet), wo vor Jahresfrist der bezahlte Polizeispitzel Korff entlarvt werden konnte, gelang es Mitte Juni d. J. erneut, in der Person des erwerbslosen Maschinentechnikers Wilhelm Jacklich aus Berlin einen bezahlten Agentprovokateur im Dienste der Abteilung IA des Essener Polizeipräsidiums festzustellen, der eine Reihe von gefälschten Dokumenten herstellte und an die Polizei lieferte. In Breslau wurde gleichfalls Ende Juni 1931 der Kaufmann Elinar Fehlt entlarvt, der nach eigenem Geständnis im Dienste der Polizei und der Nationalsozialistischen Partei stand und der an Funktionäre der KPD mit Vorschlägen von gemeinsam zu vollführenden Bombenattentaten und Mordanschlägen herantrat.

Das Sekretariat des ZK der KPD hat alle Parteiorganisationen der KPD veranlaßt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den bezahlten Lockspitzeln, die sich an die Arbeiterbewegung heranmachen, das Handwerk zu legen. Es zugleich die Oeffentlichkeit vor den von diesen Elementen hergestellten falschen Dokumenten.

Berlin, den 2. Juli 1931.

*

Zu dieser Erklärung des Sekretariats des ZK der KPD muß noch ergänzend festgestellt werden, daß der Vorwärts-Schwindel von dem angeblichen Rundschreiben über Vorbereitung von Gewalttätigkeiten nach veröffentlichte, nachdem er in der kommunistischen Presse bereits zurückgewiesen war, die übrige SPD-Presse im Reich hatte den Schwindel nämlich einige Tage vorher gebracht. Die sozialdemokratische Presse bringt ferner die lügnerische Behauptung, daß ein Flugblatt angeblich im Kölner Arbeitnachweis verbreitet wurde, mit der Ermordung des Kölner Polizeipräsidenten auffordern soll, der KPD verbreitet worden sei. Ueberhaupt liefert die SPD-Presse an der Spitze der antibolschewistischen Lügenhetze.

Arbeiter, macht geschlossen Front gegen die antibolschewistischen Verleumderbande! Schart euch immer fester um die KPD!

Macdonald und Co. die „Marxisten" der Dresdner SPD

Die Dresdner SPD-Führer setzen ihre freche und dumme Marx-Schändung fort. Sie erklären krampfhaft, daß Macdonald, Henderson und Konsorten Marxisten seien, und daß ihnen die Rettung — durch den Hooverplan zu verdanken sei.

Wir stellen fest:

Macdonald und Henderson setzen Bombenflugzeuge zur Niedermetzelung der indischen Bevölkerung ein.

Macdonald und Henderson unterdrücken blutig die ägyptischen Volksmassen.

Macdonald, Henderson u. Co. während des Weltkrieges genau solche Stützen des englischen Imperialismus wie die Scheidemänner die der deutschen Kriegstreiber.

Macdonald und Henderson sind heute noch offenbar treue Agenten des englischen Raubimperialismus. Bezeichnenderweise nahm, nach der vorgestrigen Unterhausrede Macdonalds (die ein heuchlerisches Gejammere darüber war, daß England abrüste und die anderen nicht, eine dumme Lüge, denn alle imperialistischen Staaten einschließlich des englischen, rüsten), u. a. der konservative Führer Baldwin das Wort. Der Reaktionär Baldwin erklärte, die Unterstützung der Konservativen für die von Macdonald dargelegte Politik ist gewiß.

Macdonald ist überdies ein offener Gegner des theoretischen Marxismus, wie er praktisch ein Prokurist des britischen Imperialismus ist.

So sehen die „marxistischen Retter" der Dresdner SPD-Führung aus. Tatsächlich sind sie nicht Retter und die Hoover-Aktion keine Rettung für die Massen. Der Hoover-Plan bedeutet verschärfte Ausbeutung und die Macdonald, Arzt, Edel, Wissell und Konsorten sind die Kommis der Ausbeuter und Kriegstreiber. Rechnet ab mit diesen antimarxistischen Marx-Schändern und Volksverrätern!